

GASTBEITRAG

Warum Macron „Ich“ sagt und Merkel „Wir“

GÉRALDINE SCHWARZ



Zwei Wochen lang war ich mit meiner Mutter und meiner Schwester in der Nähe von Paris eingesperrt, dann kehrte ich nach Berlin zurück, wo „nur“ ein Kontaktverbot besteht. Bereits in Friedenszeiten ist der Kontrast zwischen den beiden Hauptstädten auffallend, aber in „Zeiten des Krieges“, um Präsident Macrons beliebte Metapher zu verwenden, ist er eklatant. Normalerweise vermeide ich es, fernzusehen, um nicht in den Strudel apokalyptischer Bilder unzähliger Weltkatastrophen zu geraten. Doch in Krisenzeiten kommt man an diesem von den großen, staatlichen Institutionen bevorzugten Kommunikationsmittel nicht vorbei, erst recht nicht, wenn eine Fernsehansprache des Präsidenten der Republik angekündigt wird, eine alte französische Tradition.

Um Punkt 20 Uhr erscheint auf dem Bildschirm die beleuchtete Fassade des noblen Élysée-Palastes, begleitet vom Klang der französischen Nationalhymne, dann deklamiert Emmanuel Macron vor einer mit Blattgold verzierten Holzvertäfelung seine „Rede an die Nation“. Zig Millionen Franzosen sitzen in ihrem Wohnzimmer und schauen zu.

Die erste Ansprache zum Coronavirus am 12. März überzeugte mich. Eine kluge Mischung aus Wohlwollen und Entschlossenheit, Klarsicht und Hoffnung, reich an Pädagogik und mit dem erklärten Willen, die Bürger in die Verantwortung zu nehmen. Als Krönung dieses gewissen Etwas, das deutschen Politikern manchmal abgeht.

„Ich zähle auf Sie alle, um als Nation zusammenzustehen, um das Beste aus sich herauszuholen, um jene großzügige Seele zu enthüllen, die es Frankreich in der Vergangenheit ermöglicht hat, sich den schwierigsten Prüfungen zu stel-

len.“ Solch ein Pathos bewegt auch nicht besonders patriotische Franzosen wie mich dazu, plötzlich die Marseillaise singen und den Boden Frankreichs küssen zu wollen.

Hinzu kommt die Kühnheit einer Vision: „Morgen müssen wir die Lehren aus dem, was wir durchleben, ziehen: das Entwicklungsmodell infrage stellen, dem unsere Welt seit Jahrzehnten verpflichtet ist und das am helllichten Tag seine Schwächen offenbart; die Schwächen der Demokratie infrage stellen.“ Ich begrüße den Mut dieses Anspruchs, den ich bei der bodenständigen Angela Merkel manchmal vermisse: die Menschen anzuregen, über den Sinn der Dinge und einen Wandel für die Zukunft zu reflektieren.

Wenige Tage später verkündete Macron die Ausgangssperre, ohne das Wort selbst auch nur einmal zu erwähnen. Ich wäre fast vom Stuhl gefallen, als ich ihn sechs Mal „Wir sind im Krieg“ betonen hörte, in einer mehr als

20-minütigen theatralischen Fernsehansprache, die den Eindruck erweckte, als ob Macron schon immer insgeheim die Rolle eines Kriegsherrn à la Georges Clemenceau oder General de Gaulle übernehmen wollte.

Vielleicht blieb ihm nicht viel mehr übrig, als zu dramatisieren, um die Franzosen, die nicht in erster Linie für ihre Disziplin bekannt sind, von der Notwendigkeit einer strengen Einschränkung der Bewegungsfreiheit zu überzeugen. Zumindest auf meine Mutter hatte er eine starke Wirkung. Davor war es ein täglicher Kampf, sie davon abzuhalten, wie üblich jeden Morgen auf den Markt zu gehen, um frisches Gemüse und Käse zu kaufen, bei ihrem Lieblingsmetzger vorbeischaun und natürlich bei der Bäckerei ihr Baguette zu holen.

Seitdem gibt es nur noch das Einkufen im Drive-in-Supermarkt. Und eine Stunde am Tag das Spazieren in der Nachbarschaft für „l'exercice physique“, wie Macron so schön sagt – „körperliche Betätigung“.

Manchmal grenzen die Regeln ans Lächerliche. Jedes Mal, wenn ich einen Fuß vor die Tür setzte, musste ich ein neues von mir unterschriebenes Dokument mit Datum, Zeit und Ort versehen, um mich selbst zu autorisieren auszugehen. In einem Fernsehbericht sah ich, wie Polizeibeamte an einer wilden Küste in der Bretagne von einer spazierenden Familie verlangten, sich zu trennen: je ein Elternteil mit einem Kind. Aber zu Hause können sie ruhig alle zusammensitzen.

Zu Hause, wo man eingesperrt sitzt, um dem „unsichtbaren Feind“ (Macron) zu entkommen, wird man am Ende doch vom Virus eingeholt, und zwar über die Medien, die einen mit ihrem unaufhörlichen Strom an Informationen und Kom-

mentaren über das Coronavirus schnell in existenzielle Panik versetzen.

Meine Ankunft in Berlin habe ich als Befreiung erlebt. Im Radio wird Bach gespielt und über eine seltene Art von fliegenden Fischen gesprochen; ich muss auf die Nachrichten warten, um wieder etwas vom Coronavirus zu hören.

Vielleicht wird die Geschichte Angela Merkel dafür verurteilen, dass sie keine radikale Ausgangssperre verhängt hat. Vielleicht wird sie dafür gefeiert werden. Doch eines zeichnet sich bereits ab: Die Corona-Epidemie offenbart, wie unterschiedlich Demokratien wie in Frankreich und Deutschland auf Krisen reagieren und wie unterschiedlich ihre politischen Kulturen sind.

In Frankreich hat die Krise ein altes Muster der Machtausübung an die Oberfläche gebracht: den „Etatismus“, ein Konzept staatlicher Bevormundung, dessen mächtigster Vertreter General de Gaulle war. Die meisten Franzosen haben in der Schule die Rede vom französischen Wohlfahrtsstaat als fürsorgendem Vater und weisem Entscheider, der das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben gewährleistet, gehört. Vorausgesetzt, man lässt den Präsidenten in Ruhe arbeiten und stellt nicht allzu viele Fragen. Emmanuel Macron führte einen sehr direkten Stil im Umgang mit der Öffentlichkeit ein. Sein Ton mag dabei arrogant und ungeschickt sein, aber die Botschaft ist klar: Wohlfahrtsstaat war gestern, in der globalisierten Welt muss jeder wirtschaftliche Verantwortung für sich selbst übernehmen und aufhören, alles vom Staat zu erwarten. Mit anderen Worten: Macron fordert einen grundlegenden Mentalitätswandel und wurde zur von vielen gehassten Verkörperung einer angeblich antisozialen Politik. Der

Hass auf Macron erreichte seinen Höhepunkt mit der Gelbwestenbewegung und Ende 2019 mit einem massiven Bahnstreik gegen eine geplante Rentenreform. Demonstranten verbrannten Macron-Bilder und schwenkten seinen Kopf auf Spieß, ein symbolisches Remake der Französischen Revolution.

Dann kam das Coronavirus, und Macrons Beliebtheitswerte stiegen innerhalb weniger Tage um bis zu 14 Punkte. Das Zusammenrücken einer Gesellschaft um ihren politischen Führer ist kein ungewöhnlicher Reflex in Krisenzeiten. Die Trendwende ist aber auch auf eine radikale Änderung der Rhetorik des Präsidenten zurückzuführen.

Seit Beginn der Krise habe ich Macron immer wieder den Staat als allmächtigen Retter heraufbeschwören hören, der dafür sorgen soll, dass „kein einziges Unternehmen“ in Konkurs geht und niemand an Kaufkraft verliert, ein Staat, der „sich kümmert“, alles „auf sich nimmt“ und vor allem „bezahlt“, „koste es, was es wolle“. Wie dieser überschuldete Staat es schaffen will, die absehbar gewaltige Wirtschaftskrise ohne jede Auswirkung auf das Leben der Franzosen zu meistern, bleibt ein Rätsel.

So vermied es Macron weiterhin, bei seiner letzten Ansprache am 13. April ungemütliche Wahrheiten auszusprechen, und versprach stattdessen neue staatliche finanzielle Hilfsmittel. Das Credo von de Gaulles schwebt in der Luft: „Die Franzosen brauchen keine Wahrheiten, sie brauchen Hoffnungen.“

Ich habe mir die Reden von Angela Merkel angehört. In ihrer Fernsehansprache, in der sie als einfühlsame Mutter auftrat, stand die Verantwortung der Bürger im Zentrum: „Jeder kann ein Lebensretter sein.“

Ihre Entscheidung, dem Land keine so gravierenden Einschränkungen wie zum Beispiel Frankreich zu verordnen, entspricht auch der Vorstellung, die sie von ihrer politischen Funktion hat: Sie will Verantwortungsgefühl wecken, statt es zu erzwingen. „Wir sind eine Demokratie. Wir leben nicht von Zwang, sondern von geteiltem Wissen und Mitwirkung.“

Wenn Merkel neue Maßnahmen ankündigt, verwendet die Bundeskanzlerin fast ausschließlich das „Wir“. Sie will offensichtlich klarmachen, dass Entscheidungen und Handlungen im Team getroffen und umgesetzt werden. In seinen fast halbstündigen Reden spricht Macron hingegen vorwiegend in der ersten Person Singular: „Ich habe entschieden“, „Ich habe gemacht“, „Ich habe vor“. Wenn er die Regierung oder das Parlament zitiert, dann nur, um sie als ausführende Helfer seiner persönlichen Entscheidungen darzustellen: „Ich habe beauftragt.“

Er versucht zwar sein Bild zu korrigieren, sozial, empathisch und transparent zu wirken, und hat am Ostermontag sogar angekündigt, sich „neu erfinden“ zu wollen. Trotzdem nährt er weiterhin das Bild des allein entscheidenden mächtigen Staatsoberhauptes, Ausdruck eines zentralisierten Präsidialsystems mit einem Hauch monarchischer Nostalgie.

In Frankreich hingegen gibt es ein ewiges Paradoxon: Wir lieben la liberté, die individuelle Freiheit, aber einen starken Staat lieben wir doch noch mehr – auch wenn wir ständig gegen seine Führung protestieren.

■ Géraldine Schwarz, 1974 geboren, ist deutsch-französische Autorin und Dokumentarfilmerin. Zuletzt erschien „Die Gedächtnislosen. Erinnerungen einer Europäerin“ (Secession).